



Antrag von DIE LINKE.Main-Taunus-Kreis

KT/2022/244/19.WP

ausgegeben am:
02.09.2022

Betr.: Kostenfreie Kita- und Schulspeisung gegen Inflation und Kinderarmut

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Mittagsverpflegung in Schulen und Berufsschulen wird für das restliche Schuljahr vollständig kostenfrei gestellt. In den Kindertagesstätten wird in Absprache mit den Kommunen gleichermaßen die Mittagsverpflegung für das restliche Kita-Jahr freigestellt. Die Mehrkosten werden aus dem Kreishaushalt getragen.
2. Die Eltern bzw. die volljährigen Schülerinnen und Schüler werden schriftlich über diese Maßnahme informiert. Der Zugang zur kostenfreien Mittagsverpflegung setzt eine Anmeldung voraus, um unnötige Essensbereitstellung zu verhindern.

Begründung:

Die aktuelle Krise mit explodierenden Preisen trifft Familien mit Kindern und Jugendlichen noch mal deutlich härter als die Durchschnittsbevölkerung. Jede zweite Alleinerziehende, jedes vierte Kind und jeder vierte Jugendliche in Hessen ist armutsbetroffen. Die Schlangen an den Tafeln zeigen es: Gerade viele Familien haben nicht mehr die finanziellen Ressourcen, um selbst grundständige Güter zu zahlen. Die drohenden höheren Abschlagszahlungen bei Strom und Gas werden diese Situation weiter zuspitzen.

Aus dem Bildungs- und Teilhabepaket können Kinder und Jugendliche von Sozialleistungsbeziehenden nach Antragsstellung für einen Euro pro Tag an der Schulspeisung teilnehmen. Aber selbst dieser Euro ist in vielen Fällen aufgrund der Teuerung eine enorme Belastung für das Familieneinkommen. Viele Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen, die knapp über den Sätzen für Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II liegen, sind armutsbetroffen und können zudem nicht vom Bildungs- und Teilhabepaket profitieren.

Mit diesem Beschluss kann der Kreistag sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche, die notgedrungen ohne Tagesverpflegung das Haus verlassen müssen, wenigstens eine garantierte gesunde Mahlzeit am Tag erhalten können. Im Sinne der Kinder- und Jugendrechte der Vereinten Nationen und der Bürokratievermeidung wollen wir bewusst auf ein aufwendiges und ggf. diskriminierendes Sozialprüfverfahren verzichten. Wenigstens in der Zeit der Krise wollen wir einen solidarischen Anspruch auf Essensversorgung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an unseren öffentlichen Bildungseinrichtungen.

gez.
Dr. Barbara Grassel

gez.
Beate Ullrich-Graf

gez.
Thomas Völker